

Duisburg, 25. März 2010

Duisburger Appell

Der Gesamtbetriebsrat ThyssenKrupp Steel Europe handelt!

Mit dem Duisburger Appell richten wir uns an die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und den Präsidenten der Europäischen Kommission José Manuel Barroso und fordern sie auf, sich für den Erhalt der industriellen Arbeitsplätze einzusetzen.

Mit dem Duisburger Appell richten wir uns an die Politik an den deutschen Stahlstandorten, alle gesellschaftlichen Akteure und die breite Öffentlichkeit, sich solidarisch mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu zeigen.

Wir rufen auf zu einem europäischen Aktionstag in Duisburg.

Der Gesamtbetriebsrat ThyssenKrupp Steel Europe fordert:

1. **Stopp der Rohstoffspekulationen**
2. **Faire Wettbewerbsregeln und konsequentes Vorgehen gegen Rohstoffkartelle**
3. **Zukunftssicherung des Industriestandorts Europa und Erhalt unserer Arbeitsplätze**

Wir brauchen jetzt ein entschlossenes, schnelles Handeln der Politik!



Wilhelm Segerath

Gesamtbetriebsratsvorsitzender ThyssenKrupp Steel Europe

Duisburger Appell: Die Fakten

Überzogene Preisankündigungen der Rohstofflieferanten bedrohen die konjunkturelle Erholung

Die angekündigten Preissteigerungen bei Eisenerz zwischen 80 und 130 Prozent verhindern eine Erholung der Stahlindustrie von den Auswirkungen der globalen Finanzkrise und gefährden Beschäftigung. Bereits Preissteigerungen um zehn Prozent für Rohstoffe wie Koks- und Eisenerz belasten die Stahlunternehmen in der Bundesrepublik mit Kosten von jährlich mehr als einer halben Milliarde Euro. Ein Vielfaches dieser Belastungen ist zu erwarten, wenn die Eisenerzlieferanten ihre angekündigten völlig überzogenen Preisvorstellungen durchsetzen sollten. Die realisierten exorbitanten Gewinne der Rohstofflieferanten müssen alle Kunden entlang der Wertschöpfungskette bezahlen. Dies hat mit fairem Wettbewerb nichts mehr zu tun und bedroht die Existenz zukunftsfähiger Industriebetriebe – in Duisburg, NRW, ganz Deutschland und in Europa. Wenn technologisch führende und ökonomisch gesunde Unternehmen in Folge dieser Entwicklung nicht mehr wirtschaftlich arbeiten können, sind die Zukunft unseres Unternehmens und unserer Arbeitsplätze in Gefahr.

Die dramatisch steigenden Kosten für Rohstoffe müssen die Stahlproduzenten an ihre Abnehmer weitergeben. Diese Preisentwicklung trifft auf ein immer noch fragiles wirtschaftliches Umfeld. Der konjunkturelle Aufschwung ist akut gefährdet. Wenn vor diesem Hintergrund notwendige Investitionen in den Standort gestoppt werden, riskiert die europäische Industrie ihre Technologieführerschaft im globalen Wettbewerb. Auch dies gilt es zu verhindern, denn es hätte fatale Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft.

Das einseitige Preisdiktat gefährdet die Stabilität der Märkte und macht fairen Wettbewerb unmöglich

Der weltweite Erzmarkt wird derzeit zu 70 Prozent von einem Kartell bestehend aus drei übermächtigen Erzproduzenten dominiert. Durch die geplante Fusion der Konzerne BHP und Rio Tinto wird sich der Konzentrationsgrad weiter verschärfen. Da sind die Wettbewerbshüter in Brüssel gefordert. Die bisherigen Vertragsbeziehungen zwischen Rohstofflieferanten und Abnehmern haben Investitionssicherheit und ein hohes Maß an Planbarkeit für alle Beteiligten gewährleistet. Die jährliche Preisfestlegung und die direkten Verhandlungen zwischen Lieferanten und Stahlunternehmen stellten zudem sicher, dass extreme Preisschwankungen aufgrund kurzfristiger Marktumstände vermieden wurden. Stattdessen drohen nun Preise, die sich am Spotmarkt orientieren. Sie führen zu Instabilität.

Eine weitere Gefahr droht: Der Eisenerzmarkt wird zum Objekt von Finanzspekulanten. Die Finanzmarktkrise hat gezeigt, welche dramatischen Folgen eintreten können, wenn sich die Spekulationen an den Märkten vollständig von realen wirtschaftlichen Prozessen lösen. Die Politik muss die Finanzmärkte dringend regulieren. Sie muss eine klare Trennung vornehmen: Stopp der Spekulation auf den Rohstoffmärkten! Sicherheit für die reale Produktion und die Zukunft zehntausender Arbeitsplätze!

Tausende Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel

Der Einbruch der Märkte durch die Weltwirtschaftskrise hat die gesamte Industrie ins Wanken gebracht. Allein in der europäischen Stahlindustrie wurden krisenbedingt mehr als 50.000 Arbeitsplätze vernichtet. Mit Instrumenten wie Kurzarbeit haben in Deutschland Betriebsräte, Arbeitgeber, Gewerkschaften und Politik bisher dafür gesorgt, dass ein Großteil der Beschäftigung in der Stahlindustrie gesichert werden konnte. Das Potenzial durch Kostensenkungsprogramme und Personalabbau ist vor allem nach den jüngsten Restrukturierungen in der Stahlindustrie vollkommen ausgeschöpft. Die angekündigte extreme Verteuerung des Basiswerkstoffs Stahl gefährdet akut mehr als ein Drittel der Industrieumsätze direkt oder indirekt und damit jeden dritten Industriearbeitsplatz in Europa.

Arbeitnehmervertreter kämpfen für Zukunft und Beschäftigung

Die Vertreter der deutschen und europäischen Stahlarbeiter verlangen, dass die Politik entschlossen eingreift. Wir können nicht akzeptieren, dass Oligopole mit exorbitanten Preisdiktaten den ohnehin fragilen konjunkturellen Aufschwung gefährden. Zu Lasten von Zukunftsinvestitionen an unseren Standorten. Zu Lasten der Beschäftigten und ihrer Familien. Stahlarbeiter haben in den letzten 50 Jahren oft genug bewiesen, dass sie für ihre Rechte und Gerechtigkeit kämpfen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden sich der Willkür dieser Lieferanten entgegenstellen.

Keine Regierung – weder in Deutschland, noch in Europa – darf diese Entwicklung und damit die Vernichtung von tausenden von Arbeitsplätzen zulassen. Wir europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden eine Allianz bilden. Wir machen uns stark gegen Willkür und für Stabilität.

Wir fordern die Politik zum Handeln auf: Für langfristig orientierte Konzepte industrieller Wertschöpfung – gegen Zockerei und unseriöse Spekulation! Es ist an der Zeit, aus der Krise die richtigen Schlüsse zu ziehen und die Märkte an den entscheidenden Stellen zu regulieren.